

International Committee to Defend Slobodan Milošević (ICDSM) – German Section
Internationales Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milošević - Deutsche Sektion

Slobodan Milošević

**Eröffnungserklärung zum Beginn
der Verteidigung**

Den Haag, 31. August und 1. September 2004

Übersetzt aus dem offiziellen englischen Sitzungsprotokoll, unter Abgleich mit der Niederschrift des serbokroatischen Original-Wortlauts. Auslassungen erstrecken sich nur auf organisatorische und technische Besprechungen und Informationen im Verhandlungssaal. Man beachte, daß es sich beim Originaltext um eine frei vorgetragene Rede handelt. Übersetzung: Sebastian Bahlo.

Slobodan Milošević

Eröffnungserklärung zum Beginn der Verteidigung Den Haag, 31. August und 1. September 2004

Seit langem wird in der internationalen Öffentlichkeit mit einer klaren politischen Zielsetzung ein wahrheitsfremdes Zerrbild davon entworfen, was auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien passierte. Die gegen mich erhobenen Anschuldigungen sind gewissenlose Lügen und vor allem eine bodenlose Geschichtsverdrehung. Alles wurde einseitig dargestellt, um die wahrhaft Verantwortlichen der Verantwortung zu entziehen und um falsche Schlußfolgerungen über die Ereignisse und den Hintergrund des Krieges gegen Jugoslawien ziehen zu können.

Es gibt eine grundlegende historische Tatsache, von der man ausgehen sollte, wenn man die Ereignisse verstehen will, und die alles nach sich zog, was von 1991 bis heute auf dem Gebiet Jugoslawiens geschah, und dabei handelt es sich um die Zerstörung eines europäischen Staates – Jugoslawiens, der sich auf die Eigenstaatlichkeit Serbiens gründete, des einzigen Verbündeten, den die Demokratie in den letzten zwei Jahrhunderten in diesem Teil der Erde hatte. Ohne Zweifel wird diese grundlegende historische Tatsache der zukünftigen europäischen Geschichte ihren Stempel aufdrücken.

Es wurde ein multi-ethnischer, multikultureller, multikonfessioneller Staat zerstört, ein Staat, der historische und völkerrechtliche Legitimität besaß. Nationalstaaten, Miniatur-Nationalstaaten wurden gemäß dem Diktat Deutschlands und des Vatikans, mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft auf seinem Gebiet errichtet. Der Staat, der da zerstört wurde, war Mitglied aller internationaler Organisationen, angefangen mit dem Allgemeinen Postverein von 1874¹, über den Völkerbund, die internationale Arbeits-Organisation, die Vereinten Nationen, die Weltbank, den Weltwährungsfond und alle anderen Sondereinrichtungen der Vereinten Nationen, bis hin zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Wer trägt das Verdienst daran, daß dieser souveräne Staat zerstört wurde?

Gemäß den Nürnberger Prinzipien stellt dies das schwerste völkerrechtliche Verbrechen dar – ein Verbrechen gegen den Frieden. Wer trägt das Verdienst daran, daß ein Krieg stattfand, in dem zehntausende Zivilisten getötet, hunderttausende Menschen verwundet und verstümmelt wurden? Tausende Menschen verloren ihr Zuhause und flohen aus ihrer Heimat, zumeist Serben, und es entstanden Millionenschäden an persönlichem Eigentum, von der mit dem Krieg verbundenen ökologischen Katastrophe ganz zu schweigen.

Die Internationale Gemeinschaft wird all diesen Tatsachen ins Auge sehen müssen.

Nicht nur, daß ein Staat zerstört wurde. Das System der Vereinten Nationen wurde zerstört. Und es wurden die Grundsätze zerstört, auf denen das weltweite Zusammenleben der Völker beruhte. Darüberhinaus ist noch nie in der Geschichte ein Staat durch reinen Zufall verschwunden. Es waren ja große Wortgefechte mit der Zerstörung Jugoslawiens verbunden. Alles, was seit dem ersten Ausbruch der Krise bis zum heutigen Tag erzählt worden ist, einschließlich dessen, was die so genannte Anklage hier gesagt hat, ist falsch. Jugoslawien hat sich nicht einfach in Luft aufgelöst, wie Robert Badinter darzulegen versuchte und sich damit in einer Art juristischer Metaphysik bewegte. Dieses Land wurde gewaltsam durch einen Plan zerstört und durch einen Krieg, der noch immer geführt wird, und in diesem Krieg sind eine Menge Kriegsverbrechen begangen worden.

Ein bekannter amerikanischer Wissenschaftler, Stephen John Stedman bemerkte 1993 zurecht in der Monatszeitschrift „Foreign Affairs“, „daß es zu Beginn des Krieges kein Slowenien und Serbien gab, sondern einen Staat, der Jugoslawien hieß.“² Man sollte dies also logischerweise als Ausgangspunkt für jedwede rechtliche Analyse nehmen. Jugoslawien. Dieser Staat wurde zu diesem entscheidenden Zeitpunkt von einem aus der Teilrepublik Kroatien entsandten Mitglied des jugoslawischen Staatspräsidiums, Stjepan Mesić, geführt. Der damalige Premierminister des Landes Ante Marković kam auch aus Kroatien, und auch der Außenminister Budimir Lončar war Kroat. Was die höchsten militärischen Ränge betrifft, so haben wir es hier schon [von Anklagezeugen] gehört: unter den höchsten 16 Generalen waren nur zwei Serben. Die Mehrheit bestand aus Kroaten, Slowenen und Leuten anderer ethnischer Herkunft.

Dieser Staat verfügte über starke Streitkräfte, die in der Lage gewesen wären, den Konflikt unter Kontrolle zu behalten, ja, ihn überhaupt zu verhindern. Aber diese Regierung ließ paramilitärischen Verbänden und Waffenschmugglern freie Bahn, selbst der Drogenmafia, wie wir am Ende dieser Entwicklung im Kosovo sehen können. Diese Regierung handelte im Einklang mit der Europäischen Gemeinschaft, ganz besonders mit Deutschland und dem Vatikan.

Schon Ende Juni 1991 verlangte die Europäische Gemeinschaft, daß sich die rechtmäßige Armee in die Kasernen zurückziehen sollte, wodurch sie sich also freiwillig in Gefangenschaft in ihrem eigenen Land begab, und es

¹ Am 9. Oktober 1874 gehörte Serbien zu den 22 Gründungsmitgliedern des Allgemeinen Postvereins. Milošević bezieht sich hier also nicht nur auf die Anerkennung Jugoslawiens, sondern auch schon Serbiens, was aus der weiteren Rede verständlich wird. - SB

² Übersetzt nach: Stephen John Stedman, „The New Interventionists“, in: Foreign Affairs, Nr. 73, 1993.

ist doch logisch, daß dies zur Sezession und zur Bildung paramilitärischer Verbände führte. 1991 fand die Sezession Sloweniens statt, die mit Waffengewalt einherging.

Im Juni 1991 töteten slowenische Militärverbände grundlos und kaltblütig Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee, die die Grenze zu Österreich und Italien sicherten, und besetzten die Grenzposten. Vom Standpunkt der Charta der Vereinten Nationen, vom Standpunkt der allgemeinen Rechtsgrundsätze aus betrachtet, die von zivilisierten Nationen anerkannt werden, war dies ein klassisches Beispiel eines bewaffneten Aufstandes gegen einen Staat. Der Staat ist dann also verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Recht und Ordnung wiederherzustellen.

Es ist bekannt, daß der Kommandant der Fünften Armee, der Slowene General Konrad Kolšek auf Anweisungen des Bundespremierministers Ante Marković die slowenische Regierung darüber informierte, daß die Jugoslawische Volksarmee die Aufgabe habe, die Kontrolle über die Grenze zurückzuerlangen, und sie unbedingt ausführen werde. Anstatt eine friedliche Umsetzung dieser Entscheidungen der Bundesregierung zu ermöglichen, sagte die slowenische Regierung, daß sie die Herausforderung annähme und auf Gewalt zurückgreifen würde, um gegen die Entscheidung anzugehen, und das tat sie. Slowenien benutzte seine paramilitärischen Verbände, denen damals 36.000 illegal bewaffnete Personen angehörten, um zu einem bewaffneten Angriff überzugehen. Alle wußten, daß die Jugoslawische Armee, die im Geist der Einheit und Brüderlichkeit erzogen worden war, nicht auf Slowenen schießen würde, die sie als ihre eigenen Mitbürger betrachtete. Deshalb war die Tötung von JNA-Soldaten einfach ein vorsätzliches Verbrechen, keine Kriegshandlung.

Es wurden schwere Kriegsverbrechen verübt, nicht einmal militärische Sanitätseinrichtungen wurden verschont. Die Ministertroika der Europäischen Gemeinschaft reiste durch das Gebiet und beschrieb die dramatische Situation. Die Liste der Verbrechen ist lang, und die Verbrechen der slowenischen paramilitärischen Verbände werden auch durch Filmmaterial dokumentiert, das von einer österreichischen Fernsehanstalt aufgenommen wurde. Wegen der zeitlichen Beschränkungen, die Sie mir auferlegt haben, ist es mir nicht möglich, diese Bänder jetzt abzuspielen, aber ich werde sie zeigen, wenn ich bestimmte Zeugen lade.

Am 10. Juli 1991 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der nicht die Rebellen, nicht die Separatisten verurteilt wurden, sondern die ordentlichen Streitkräfte, die Jugoslawische Volksarmee. Es wurden also die Rollen von Täter und Opfer verkehrt, und so haben die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten den Krieg angeheizt. Ich weise darauf hin, weil dies die Formel ist, auf die man immer wieder zurückgriff, wenn man sagen wollte, was im ehemaligen Jugoslawien geschah.

In Kroatien begannen die Verbrechen an den Serben sogar noch früher, noch bevor die Abspaltung erklärt wurde. Die gleichen Methoden in den gleichen Gebieten, in denen 1941 der Völkermord am serbischen Volk durch die Ustascha-Verbände im so genannten Unabhängigen Staat Kroatien begann.

Internationale Experten, die vergleichende Völkermordstudien betrieben haben, wie beispielsweise Leo Cooper, Pieter Drost, Ted Gurr, Irving Louis Horowitz, George Kren und andere, sind zu dem Schluß gelangt, daß ein Völkermord nur einmal an einem Volk stattfinden kann. Jeder neue Versuch würde in einen Bürgerkrieg umschlagen. Und diese These bestätigte sich in Kroatien.

Der Völkermord an den Serben begann 1941 in Kroatien mit Aufrufen an die ethnischen Gruppen, sich in Listen einzutragen, angeblich um ihnen Informationen zu geben. Aber man gab ihnen keine Informationen. Die Serben wurden getötet und in Konzentrationslager geschickt.

Jetzt, als ähnliche Dinge getan wurden, leisteten die Serben Widerstand; sie fühlten sich von den Politikern böswillig getäuscht, die vorher die Ideale der Einheit und Brüderlichkeit verteidigt hatten und jetzt auf eine ganz andere Art zum Volk sprachen: Sie griffen auf alte Ustascha-Parolen und -Symbole zurück, erließen im Eiltempo neue Gesetze, und die Serben verloren ihren Status eines staatstragenden Volkes; die Jugoslawische Armee war in den Kasernen eingeschlossen. Vor diesem Hintergrund waren die Serben bereit zu sterben, aber sie wollten sich keinem neuen Völkermord aussetzen.

Schon lange vor der Sezession Kroatiens 1991 operierten dort bewaffnete Gruppen. Die so genannten freiwilligen Volksschutztruppen: „Zebra“, die „Schwarze Legion“, die „Wölfe von Vukovar“, etc. Am 28. Mai wurde in Zagreb eine Militärparade organisiert, wo man Waffen vorführte, insbesondere Waffen aus Deutschland. Das waren psychologische Vorbereitungen für das, was später geschehen sollte. Paramilitärische Verbände wurden damals von Kroatien nach Bosnien versetzt, denn Präsident Tudjman hatte angekündigt, daß es eine Grenzrevision geben würde und daß die Grenzen Kroatiens an die Drina verschoben würden.

Am 18. Juli 1991 gingen die paramilitärischen bewaffneten Verbände in Kroatien zum Frontalangriff über. Vom 20. Juli bis zum 9. August wurden 75 Anschläge auf die Jugoslawische Volksarmee verübt.

[...]

Serbische Häuser wurden in Brand gesteckt und vereinzelte Verbrechen gegen Serben gingen in Massenerschießungen über. In einem Kornfeld nahe dem Dorf Jankovci wurden 65 Serben massakriert, sie sind alle identifiziert worden; im Dorf Svinjarevo wurden 25 getötet, und so weiter und so fort. Im Gebiet von Papuk und Slunj wurden ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Die am weitesten verbreitete Terrormaßnahme gegen die serbische Bevölkerung waren gewaltsame Vertreibungen, und darin zeigte sich am deutlichsten der Zusammenhang zwischen den Jahren 1941 und 1991.

Diese Aktionen begannen unmittelbar nach dem Wahlsieg der HDZ in West-Slawonien. Es wurde eine Hysterie erzeugt, um die Menschen zum Verlassen des Landes zu bewegen. Dazu wurden verschiedene Methoden angewandt. Serbische Kinder wurden in der Schule gemobbt. Man brachte die Leute auf Polizeireviere. Serben wur-

den in großer Zahl von ihren Arbeitsplätzen entfernt, ihre Häuser in die Luft gesprengt. Am 29. Oktober 1991 erließ der Krisenstab in Slavonska Pozega eine Direktive, daß die Serben innerhalb von 48 Stunden aus 24 Dörfern vertrieben werden sollten: aus Oblakova, Orijaca, Slatina und so weiter. Diese Anweisung wurde im Rundfunk und in der Presse veröffentlicht. Alle, die sich weigerten, ihr Folge zu leisten, wurden in Lager gebracht. So fand ein gewaltiger Exodus der Serben in den Gebieten von Podravska Slatina und Daruvar statt. Von Juli 1991 bis August 1992 wurden 193 serbische Dörfer ethnisch gesäubert. Der Europäischen Gemeinschaft sind Dokumentationen von alledem vorgelegt worden.

Dann erreichten die Kriegshandlungen das Gebiet von Bosnien-Herzegowina. 1970 wurden die ideologischen Grundlagen dafür mit Alija Izetbegovićs „Islamischer Deklaration“ gelegt, die damals noch im Untergrund verbreitet wurde. 1984 veröffentlichte derselbe Autor dann ein Buch „Der Islam zwischen Ost und West“, und 1990 wurde die „Islamische Deklaration“ noch einmal offiziell herausgebracht. Bekanntlich wird dort behauptet, daß es zwischen dem islamischen Glauben und den nicht-islamischen Religionen keine friedliche Koexistenz geben kann; das wird in diesen Publikationen mehrmals wiederholt.

Am 21. Dezember 1991 sagte Izetbegović im Parlament von Bosnien-Herzegowina, daß er bereit sei, für die Souveränität Bosnien-Herzegowinas den Frieden zu opfern. Man betrieb eine massenhafte Mobilisierung, und mit großzügiger finanzieller Unterstützung aus Saudi-Arabien, dem Iran und anderen islamischen Ländern begann der Bürgerkrieg. Bald darauf traf eine Vielzahl von Mujaheddin ein.

Auf dem 6. Gipfel der Islamischen Konferenz vom 9. bis zum 12. Dezember 1991, noch bevor der Krieg vollständig ausbrach und Bosnien-Herzegowina diplomatisch anerkannt wurde, sagte man den Glaubensbrüdern Unterstützung für die Schaffung des ersten islamischen Staates in Europa zu. Dabei hat Bosnien-Herzegowina selbst heute noch keine mehrheitlich muslimische Bevölkerung. Dies schloß nicht nur bedeutende finanzielle Hilfe ein, sondern Alija Izetbegović wurde auf der Islamischen Konferenz, die am 1. und 2. Dezember 1991 in Jiddah stattfand, gefeiert und geehrt. Man weitete das Interesse auch auf zwei Gebiete innerhalb Serbiens aus: Kosovo und Raška, oder wie die Muslime es nennen, Sandžak.

Die ersten heiligen Krieger oder Mujaheddin reisten aus Afghanistan, dem Libanon, Marokko und Pakistan an, mit Waffen ausgerüstet, die von der CIA an die Rebellen in Afghanistan geliefert worden waren. 400 Mitglieder der Hisbollah trafen als militärische Ausbilder in Sarajevo ein. Den Bündnissen treu bleibend, die im Zweiten Weltkrieg unter der Schirmherrschaft Nazideutschlands gegen die demokratische Allianz geschmiedet wurden, unterzeichneten Tuđman und Izetbegović, die beiden Führer der Rebellen, eine Vereinbarung darüber, daß die Streitkräfte des Kroatischen Verteidigungsrates Teil der vereinigten Streitkräfte von Bosnien-Herzegowina wurden. Darauf folgte die Vertreibung der Serben aus den Gebieten, die von den muslimischen Kräften kontrolliert wurden. Zehntausende wurden aus Mostar vertrieben, 2500 aus Goražde, und so weiter.

Wie es schon in Kroatien geschehen war, wurden auch nach Bosnien-Herzegowina angeblich ausgediente amerikanische Offiziere geschickt, um die muslimische Armee auszubilden. Die Kampfhandlungen breiteten sich von Nord nach Süd aus, drangen schließlich in das Gebiet Serbiens ein, nämlich in das Kosovo. Das Muster, nach dem Jugoslawien planmäßig zerstört wurde, mit Kosovo als letzter Station, ist einfach: man stützte sich auf paramilitärische Rebellengruppen, Kriminelle, und im Kosovo auf die Drogenmafia und auf Terrorgruppen. Aber die Schuld wurde den rechtmäßigen Streitkräften gegeben, der JNA während der Ereignisse in Kroatien und Slowenien und später der VJ.

Im Krieg gegen den übriggebliebenen Teil Jugoslawiens, also Serbien und Montenegro, wurden zehntausende Bomben abgeworfen, viele davon mit Sprengköpfen, die abgereichertes Uran enthielten, und der Boden wurde nach den Erkenntnissen internationaler Experten fünf- bis sechsmal stärker verseucht als in Hiroshima, alles während des Angriffskrieges des NATO-Paktes gegen Jugoslawien.

Die Verstrickung des Westens, besonders Deutschlands und des Vatikans, war von Anfang an augenfällig. Der bekannte amerikanische Wissenschaftler Donald Horowitz hat in seiner Studie über ethnische und Nationalitätenkonflikte Argumente dafür präsentiert, daß diese ihre schlimmste Form, nämlich Krieg, annehmen, wenn sie durch internationale Unterstützung genährt werden. Und genau das geschah auf dem Gebiet Jugoslawiens. Der Krieg, der dort stattfand, stellte eine synchronisierte Aktion von Separatisten und ausländischen Kräften da, welche, um das Blutvergießen vorzubereiten und anzuhetzen, Ustascha-Extremisten und Nazis, islamische Fundamentalisten und albanische Terroristen in Jugoslawien einsetzten; deren Rolle war es, das Pulverfaß des Konflikts zur Explosion zu bringen. In der Anfangsphase des Konflikts agierten die ausländischen Mächte hinter den Kulissen, indem sie die Separatisten mit Geld und Waffen versorgten und Söldner ins Land einschleusten. Die endgültige Zerschlagung Jugoslawiens wurde unter planmäßiger Verdrehung der Tatsachen durchgeführt.

In der Schlußakte von Helsinki versicherten die europäischen Staaten und die USA, daß sie die territoriale Integrität aller Staaten respektieren, und daß sie sich aller Handlungen gegen die territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines der unterzeichnenden Staaten enthalten würden. Dies wurde 1990 in Paris bestätigt. Nur ein Jahr später trat die „Internationale Gemeinschaft“ in der Weltpolitik offen als Hauptmotor der Zerstörung Jugoslawiens auf.

Am 7. Juli 1991 wurde in Brioni eine Erklärung für eine friedliche Lösung des Konfliktes in der SFRJ unterzeichnet. In Anerkennung der Dokumente, die ich genannt habe, versprach die Europäische Gemeinschaft, eine friedliche Lösung anzustreben und die territoriale Integrität Jugoslawiens, das der einzige rechtlich gefestigte Staat war, und von dem sie schließlich das Mandat des Vermittlers in dem Konflikt erhielt. Während der ganzen Entwicklung wurden verschiedene Vorschläge für eine friedliche Lösung, verlässliche Zugeständnisse gemacht.

Trotz alledem stellte Lord Carrington auf einer Tagung am 18. Oktober 1991 ein Ultimatum, und es gab keine Alternative mehr zum Verschwinden Jugoslawiens³. Nach diesem Modell hatte Hitler 1941 gehandelt. Die Wertvorstellungen der Nazis hatten gesiegt; dem Recht auf Sezession und damit zur Zerstörung eines Staates wurde Vorrang gegenüber dem Recht eines UN-Mitgliedsstaates auf seine Erhaltung gegeben. Das Paradoxe ist nur, daß das Recht, das man den Separatisten in Jugoslawien gewährt hat, zum Beispiel den Iren von den Briten, den Basken von den Spaniern, den Korsikanern von den Franzosen und so weiter nicht gewährt wird. Wir sollten daran denken, daß serbische Kämpfer einmal auf der Seite der Alliierten im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, und daß damals die Truppen des so genannten Unabhängigen Staates Kroatien und einige Streitkräfte aus Bosnien, allerdings ebenfalls im Unabhängigen Staat Kroatien, auf der Seite der Naziheere kämpften. Die berühmte SS-Division Handžar wurde zur Ausbildung ins besetzte Frankreich geschickt, um dann beispiellose Verbrechen zu begehen.

Kehren wir zu Carringtons Papier zurück, das der Souveränität Jugoslawiens den ersten Stoß versetzte. Hierbei handelte es sich offenkundig um ein Täuschungsmanöver, durch das alle weiteren Verhandlungen zur Farce wurden. Daraufhin wurden die separatistischen Republiken unter starkem Druck Deutschlands und des Vatikans entgegen den grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, entgegen der Politik der Vereinten Nationen und der Politik der Großmacht USA anerkannt.

Ausgehend von der Stimson-Erklärung vom 7. Januar 1932 lehnten die Vereinigten Staaten jede Anerkennung von Staaten ab, die aus gewaltsamen Umstürzen hervorgingen. Dieses Prinzip hatte zunächst lokale Gültigkeit für die USA und ging dann ins allgemeine Völkerrecht ein. Jetzt traten die USA ihr eigenes Gesetz mit Füßen.

Im Juli 1991, bevor der Krieg begann, trat der deutsche Außenminister Genscher für die sofortige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ein. Der Vatikan handelte parallel dazu. Thomas Patrick Milady, der amerikanische Botschafter beim Heiligen Stuhl, übernahm in einer noch nie dagewesenen Aktion die Führung über die Kräfte, die die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens befürworteten. Im August 1991 entsandte Papst Johannes Paul II Erzbischoff Torano nach Jugoslawien. Bei seiner Rückkehr übergab dieser einen Bericht, in dem er behauptete, daß Serbien unbestreitbar der Aggressor sei. Auch das war eine unverschämte Lüge. Heuchelei eines geistlichen Führers. Eine Aggression gegen sein eigenes Land kann doch nur eine böswillige Unterstellung sein. Doch die Presse übernahm es so, und Deutschland und der Vatikan stimmten sich perfekt miteinander ab. Im Dezember 1991 besuchte Genscher den Vatikan. Bei seiner Rückkehr am 19. Dezember kündigte er an, daß Deutschland Kroatien und Slowenien ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Länder anerkennen würde. Dies wurde am 23. Dezember in die Tat umgesetzt. Der Vatikan tat es am 13. Januar 1992.

Deutschland und der Vatikan ließen sich von ihren historischen geopolitischen Interessen leiten. Seit Jahren hatten sie an der Zerstörung Jugoslawiens gearbeitet. Helmut Kohl erklärte das in der Ausgabe 66 des Magazins „Politik International“. Er sagte, daß die entscheidende Phase begann, als Kinkel Chef des deutschen Geheimdienstes wurde; er stellte enge Verbindungen zu den Ustascha-Emigranten her. Diese Kräfte arbeiteten an der Auflösung Jugoslawiens, wie der bekannte deutsche Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom geschrieben hat. Es handelte sich um Josip Manolić, Josip Boljkovac, Franjo Tuđman und Stjepan Mesić, den jetzigen Präsidenten Kroatiens. Mesić bestätigte diese Rolle, als er im slowenischen Fernsehen erklärte, daß er die Idee der Auflösung Jugoslawiens denjenigen antragen wolle, die den größten Einfluß auf dessen Schicksal hätten – Genscher und dem Papst: „Ich habe Genscher dreimal getroffen. Er ermöglichte es mir, mit dem Vatikan in Kontakt zu treten. Der Papst und Genscher waren mit der völligen Auflösung Jugoslawiens einverstanden.“

Danach folgte im Januar 1992 auch die Anerkennung durch andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Im Fall Bosnien-Herzegowinas geschah es am 6. April desselben Jahres, also genau am Jahrestag von Hitlers Angriff auf Jugoslawien am 6. April 1941.

Die Teilrepubliken wurden innerhalb ihrer „international anerkannten Grenzen“, wie man behauptete, als selbständige Staaten anerkannt. Aber diese rein administrativen Grenzen sind niemals in irgendeinem internationalen Dokument anerkannt worden. Es gab nicht einmal ein internes Gesetz über diese Grenzen. Doch besonders wichtig hierbei ist, daß diplomatische Anerkennung ein unilateraler politischer Akt ist, während die Herausbildung neuer Grenzen ein Prozeß innerhalb der Bevölkerung ist. Die neu anerkannten Gebilde erfüllten nicht die grundlegenden Vorbedingungen, um als Staaten anerkannt zu werden. Zur staatlichen Anerkennung ist ein Autorität genießender Staatsapparat und stabile politische Strukturen erforderlich, auf dem fraglichen Territorium muß ein Gewaltmonopol bestehen, die volle Kontrolle über die Gewaltausübung muß sichergestellt sein, und, was am wichtigsten ist, ein Staat muß seine Stärke und Zuverlässigkeit auf internationaler und nationaler Ebene unter Beweis stellen. Nichts davon wurde berücksichtigt. Und so kam es zu einem blutigen Bürgerkrieg, der als einzigartig in die moderne Geschichte eingehen wird, allerdings in einem sehr negativen Sinne.

In juristischen Kreisen auf der ganzen Welt rief die diplomatische Anerkennung der separatistischen Kräfte Erstaunen hervor. Cedric Thornberry, der Chef der UNPROFOR, erklärte: „Als uns der Botschafter Cutiliero von der bevorstehenden Anerkennung in Kenntnis setzte, waren General Morillon und ich erstaunt.“ Die französische Zeitung Figaro nannte es völkerrechtliche Heuchelei. General MacKenzie schreibt in seinen Memoiren: „Obwohl wir keine Diplomaten waren, hatten wir Uniformierten alle keinen Zweifel, daß rings um uns herum Kämpfe ausbrechen würden, sobald die Anerkennung proklamiert würde.“

³ Der Entwurf einer Friedenslösung, den Carrington präsentierte, setzte an die Stelle der SFRJ eine lose Föderation unabhängiger Staaten. - SB

Der Sondergesandte der Vereinten Nationen Cyrus Vance erklärte, daß die Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas „zu dem Krieg führte, der auf dem Gebiet Jugoslawiens geführt wird.“ Das sagte er im September 1992. Die Anerkennung künstlicher Staaten stellte eine indirekte Form der Aggression gegen die Sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien dar.

Parallel zu einer gewaltigen Medienkampagne und unter Täuschungen der internationalen Öffentlichkeit sowie unter Verletzung des Völkerrechts wurden die separatistischen Staaten als Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anerkannt. Dem Rest, dem Kernstück Jugoslawiens wurden im Mai 1992 Sanktionen auferlegt, das Land wurde isoliert und im Juli desselben Jahres aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen, nur weil wir nicht akzeptiert haben, daß der bestehende Staat, in dem wir lebten, durch einen Federstrich ausgelöscht werden sollte. Dieses rechtliche Chaos und der moralische Verfall der führenden Mächte und des Vatikans, der nach dem Kalten Krieg eingesetzt hatte, öffnete der Tollheit und Gesetzlosigkeit Tür und Tor vom Norden Jugoslawiens bis ins Kosovo im Süden.

Auch dieses ad hoc-Tribunal hier wurde nur zu dem einen Zweck gebildet, die angehäuften Fehler der westlichen Politik zu kaschieren und die Verbrechen zu rechtfertigen, die die Zerstörung eines Staates und die HighTech-Barbarei darstellten, die die NATO-Staaten in ihrem dreimonatigen Bombardement Jugoslawiens verübten, gegen dessen Bevölkerung massenhafte Verbrechen begangen wurden; im Kosovo wurden mittelalterliche Kulturschätze des serbischen Volkes zerstört, und so weiter und so fort.

Die extrem hohe Komplexität der Ereignisse auf dem Gebiet Jugoslawiens zu instrumentalisieren und Jugoslawien sowie mich persönlich für die Aggression verantwortlich zu machen, war eine sehr durchsichtige Taktik, um ein in sich geschlossenes Bild zu erzeugen, das logisches Denken auf empirischer Grundlage von vornherein verhindern sollte. Man kann historische Tatsachen und die historische Verantwortung für die Zerstörung eines Staates nicht mit unsinnigen Vulgärtheorien über „Bad Guys“ und „Rogue States“ erklären. Ein „gemeinschaftliches kriminelles Unterfangen“⁴ existierte in der Tat, aber es ging nicht von Belgrad aus, dort existierte es überhaupt nicht. Es bestand unter den vereinigten Kräften der Separatisten, Deutschlands und des Vatikans und der übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft sowie der Vereinigten Staaten.

Als ich hier zum erstenmal erschien, wie auch bei verschiedenen späteren Gelegenheiten, stellte ich die Rechtmäßigkeit dieses so genannten Tribunals in Frage. Während des Prozesses haben Sie mir eine Menge Argumente geliefert, die meine Position unterstützen. Ich will mich jetzt nicht dabei aufhalten, daß der Einrichtung dieses Tribunals die rechtliche Grundlage fehlt. Lassen Sie mich nur daran erinnern, daß judikative Gewalt nur aus internationalen Verträgen hervorgehen kann, nicht aber aus Resolutionen, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einer Erklärung an den Sicherheitsrat am 3. Mai 1993 selbst darlegte. Aber Sie müssen der internationalen Gemeinschaft Rechenschaft darüber ablegen, woher der Sicherheitsrat das Recht nimmt, internationale Verträge aufzuheben. Es gibt die Genfer Konventionen sowie Zusatzprotokolle über die Bestrafung von Kriegsverbrechern, in denen die Zuständigkeit für Prozesse dieser Art nationalen Gerichten zugesprochen wird. Ein internationaler Gerichtshof kann nur Autorität besitzen, wenn er auf ordentliche Weise geschaffen wurde und wenn seine Zuständigkeit allgemein ist. Diesem Tribunal fehlen beide Elemente. Das Gründungsdokument dieses Tribunals verleiht ihm individuelle Zuständigkeit, es ist ein politisches Dokument. Der wichtigste Rechtsgrundsatz ist Gleichheit. Es stellt sich also die Frage, warum nicht für alle Kriege, die wenigstens im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auf der Welt geführt wurden, Gerichtshöfe geschaffen worden sind. Gewiß würde doch grundsätzlich nichts dagegen sprechen, das zu tun und es für alle verbindlich zu machen, wenn es auf rechtmäßige Weise geschieht. Mit anderen Worten: Dieses Tribunal stellt die deutlichste Form der Diskriminierung eines Landes dar und verletzt damit das Verbot jeder Form von Diskriminierung.

Bereits ganz zu Beginn verlangte ich, daß diese Institution gemäß Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen von ihrer Möglichkeit gebrauch macht, sich von der Vollversammlung legitimieren zu lassen und den Internationalen Gerichtshof, die höchste judikative Instanz im System der Vereinten Nationen, die die Autorität zur Interpretation der Charta besitzt, darum zu ersuchen, seine juristische Einschätzung darüber abzugeben, ob die Sicherheitsrats-Resolutionen, durch die dieses Tribunal gegründet wurde, mit der Charta übereinstimmen oder nicht. Die Tatsache, daß dieses Tribunal sich selbst ermächtigt hat, darüber zu entscheiden, ob es in rechtsgültiger Weise eingerichtet wurde, und dann erwartungsgemäß zu dem Schluß kam, daß es rechtmäßig war, besagt noch keineswegs, daß dieser Schluß richtig ist, oder daß es auch nur das Recht hatte, einen solchen Schluß zu ziehen. Denn dieses so genannte Tribunal hat genausowenig wie jeder andere Gerichtshof das Recht, Urteile über seine eigene Rechtmäßigkeit zu fällen. Deshalb war diese Entscheidung nicht rechtskräftig. Gerichtshöfe sind befugt, darüber zu entscheiden, ob die Rechtsprechung in einer bestimmten Sache innerhalb ihrer Kompetenz liegt, oder nicht. Aber die Frage nach der Zuständigkeit eines Gerichts und die Frage nach seiner Rechtmäßigkeit sind zwei verschiedene Dinge. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit muß Vorrang gegenüber der Frage nach der Zuständigkeit haben. Denn wenn ein Gericht nicht rechtmäßig ist, dann hat eine Diskussion über seine Zuständigkeit keinen Sinn. Anders als über seine Zuständigkeit kann ein Gericht nicht über seine Rechtmäßigkeit entscheiden, weil es traditionell nicht zulässig ist, in seiner eigenen Sache zu richten.

⁴ Die Unterstellung eines „Joint Criminal Enterprise“, an dem Milošević und seine Mitangeklagten beteiligt gewesen seien, wird in der Haager Anklageschrift als Grundlage ihrer persönlichen Verantwortlichkeit für die Geschehnisse während des Balkan-Krieges eingeführt. - SB

Dieses illegale Tribunal hat auch nicht das Recht, den Personen, die vor ihm stehen, eine Auskunft darüber vorzuenthalten, ob sie sich vor einem legalen oder einem illegalen Organ befinden. Vor allem, wenn es einen gangbaren Rechtsweg gibt, um diese Frage zu klären. Denn sonst verwehrt man der betreffenden Person Gerechtigkeit. Aber ich fürchte, daß diejenigen, die in dieser Institution hier das Sagen haben, sehr wohl wissen, daß der Internationale Gerichtshof entsprechend den Ansichten seines ehemaligen Präsidenten Mohammed Bedjaoui entscheiden würde, die in seinem Buch „The New World Order and the Security Council“ niedergeschrieben sind, wo unter den von ihm als völkerrechtswidrig erwähnten Dokumenten beide Resolutionen angeführt sind, die sich auf das Tribunal beziehen. Dieses Tribunal ist kein internationaler Gerichtshof, und es ist keine unabhängige Instanz, wie Sie es darzustellen versuchen. In der Öffentlichkeit herrschte eine ideologische Fiktion, die „Internationale Gemeinschaft“, die angeblich hinter dem Tribunal steht, ist eine Chimäre. Die Idee zur Einrichtung des Tribunals kam von Kinkel, nachdem er Genscher im Amt abgelöst hatte, den Hauptverbrecher bei der Zerstörung Jugoslawiens. Madleine Albright übernahm die Idee, und die Kosten für die vorbereitenden sowie die späteren Arbeiten wurden von der Soros-Stiftung getragen, die auch die „Coalition for International Justice“ gründete, die dem Tribunal als Regierungsunabhängige Organisation (engl. NGO) „Unterstützung“ leisten sollte. Ich bitte diejenigen, die das Protokoll schreiben, darum, „Unterstützung“ in Anführungszeichen zu setzen. Die Mitglieder dieser und anderer NGO's, von denen einige heute am Tribunal arbeiten, wurden 1992 in Bosnien-Herzegowina beauftragt, Indizien für Verbrechen zu sammeln, die angeblich von Serben begangen worden seien. Albright präsentierte sie dem US-Kongreß und beauftragte verschiedene Vereine und Medienorgane, die Öffentlichkeit durch die Vermittlung eines bestimmten Bildes zu beeinflussen. Sie wurde mitunter als „Mutter des Tribunals“ bezeichnet.

Was die Echtheit der von den NGO's gesammelten Beweismittel betrifft, so brauchen wir nur an einen öffentlichen Skandal um falsches Material zu denken, das diese Organisationen vorgelegt hatten, und das mich angeblich mit angeblichen Verbrechen im Kosovo belasten sollte. Ein Journalist der New York Times, der auf der Grundlage dieser falschen Informationen einen Artikel schrieb, mußte wegen Verletzung der journalistischen Berufsethik seine Stelle räumen. Ich habe die betreffende Ausgabe der New York Times hier, aber die Zeit reicht nicht, um es vorzulesen.

Michael Scharf, der das Statut des Tribunals mitentworfen hat, gab am 3. Oktober 1999 in einem Interview für die Washington Post eine sehr präzise Einschätzung des Tribunals: „Das Tribunal ist ein nützliches politisches Instrument“, um „Führer von Schurkenstaaten diplomatisch zu isolieren [...] und die politische Bereitwilligkeit zur Verhängung von Sanktionen und Gewaltanwendung in der Welt zu stärken.“⁵

Mit anderen Worten, das Tribunal ist ein Instrument des Krieges und nicht des Rechts. Marcus Gee bestätigte dies in der kanadischen Zeitschrift „The Globe and Mail“, indem er betonte, daß das Tribunal „Teil der Kriegsstrategie der NATO ist“. Wir haben es also mit Selbstjustiz auf seiten der Kriegscoalition zu tun, die beabsichtigt, das Rechtssystem ins Mittelalter zurückzusetzen. Auf der ganzen Welt nennt man das Tribunal ein Propaganda-Instrument der NATO, es kann also von Unabhängigkeit keine Rede sein. Ich muß auch noch hinzufügen, daß seit 1996 ständige Absprache zwischen dem Generalsekretär der NATO und Ihrer Chef-Anklägerin besteht. Am 9. Mai 1996 unterzeichneten der NATO-Oberbefehlshaber in Europa und die Chefanklägerin ein Memorandum über die Art und Weise der Zusammenarbeit. Also hat die NATO von den USA die Rolle des Wächters über das Tribunal übernommen, und aus diesem Grund kann man das Tribunal überhaupt nicht als internationales Organ, sondern nur als Einrichtung der NATO bezeichnen.

Was meine Behauptung auch noch unterstützt, ist, daß Ihr eigenes Statut in Artikel 32 verlangt, daß die Kosten des Tribunals aus dem regulären Budget der Vereinten Nationen gedeckt werden sollten, daß aber das Geld praktisch aus sehr dunklen Quellen kommt, wie der Soros-Stiftung und anderen Stiftungen sowie aus islamischen Ländern. Das meiste Geld kommt direkt von der NATO; laut dem Pressesprecher der NATO, Shea, gehören „die NATO-Länder [...] zu den größten Geldgebern des Tribunals.“⁶ Dies erklärte er am 17. Mai 1999 in Brüssel. Ich muß auch daran erinnern, daß Soros auch die UCK und ihr wichtigstes Propaganda-Organ Koha Ditore finanziert.

Anläßlich der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau erklärte Genscher im Beisein der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Frankreichs, Groß-Britanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten: „Die staatliche Einheit Deutschlands bedeutet für uns größere Verantwortung, aber nicht Streben nach mehr Macht.“⁷ Am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Wiedervereinigung, sandte Bundeskanzler Kohl eine Botschaft an alle Regierungen der Welt, worin er unter anderem sagte: „Von deutschem Boden wird in Zukunft nur Frieden ausgehen. Wir sind uns bewußt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist.“⁸

Das waren große Worte und große Versprechen, die der Weltgemeinschaft und vor allem Europa gegeben wurden, als Deutschland letztendlich von der Last seiner Teilung befreit wurde, die ihm ja gerade als Ergebnis des dunkelsten Abschnitts in seiner Geschichte auferlegt worden war. Ja, es war wirklich ein großes Versprechen,

⁵ Übersetzt nach: Washington Post, 3. Oktober 1999

⁶ Übersetzt nach: M2 PRESSWIRE, 1999

⁷ Zitiert nach: Hans-Dietrich Genscher, Unterwegs zur Einheit, Berlin 1991, S. 270 ff.

⁸ Zitiert nach: Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung, Bonn 1991, S. 313 ff.

aber zugleich ein leeres Versprechen. Denn wie achtete man in der deutschen Führung die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der deutschen Geschichte ergaben, auf die man sich ja bezog, und welchen Standpunkt nahm man gegenüber der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten ein, die man doch selbst noch eine grundlegende Bedingung für den Frieden genannt hatte? Das konnte man damals in Jugoslawien ganz praktisch sehen – in dem Gebiet, in dem die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts drei Millionen Menschenleben gefordert hat, 1.247.000 im Ersten, 1.700.000 im Zweiten Weltkrieg.

Genau im selben Monat, in dem die deutsche Wiedervereinigung stattfand, konnte der militärische Geheimdienst Jugoslawiens durch geheime Abhörmaßnahmen Aktivitäten aufdecken, die dem illegalen Waffenimport nach Kroatien dienten, um die gewaltsame Sezession zu ermöglichen, was soviel bedeutete wie die territoriale Integrität Jugoslawiens zu zerstören. Dieser Waffenimport fand über Ungarn, aber auch über einige deutsche Bundesländer statt, was Helmut Kohls Ankündigung, daß von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen würde, zur Ironie werden ließ. Die Bewaffnung der Separatisten war nicht die erste Begebenheit, bei der Deutschland in die Zerschlagung Jugoslawiens und die Entstehung der jugoslawischen Krise verwickelt war. Alle Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens, die Unabhängigkeit gewaltsam zu erringen, sind nicht nur von Deutschland unterstützt, sondern auch in erheblichem Maße von den höchsten politischen Rängen genährt worden.

Im Rahmen der Bemühungen, den Konflikt auf dem Gebiet Kroatiens und die Angriffe auf die Jugoslawische Volksarmee abzuwenden, kamen am 20. und 21. August 1991 das jugoslawische Staatspräsidium und die Führungen der Teilrepubliken in Belgrad zusammen und faßten einige Beschlüsse, die darauf gerichtet waren, die Situation zu stabilisieren. Man verabschiedete ein kleineres Programm zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es wurde eine Kommission gebildet, um Vereinbarungen über die zukünftige Form der multiethnischen Staaten herauszuarbeiten, und es gab auch eine Vereinbarung zwischen der kroatischen Staatsführung und der Führung der Jugoslawischen Volksarmee. Am 20. August erklärten die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft auf einer außerordentlichen Ministerratssitzung, daß sie die Bereitschaft aller Parteien begrüßten, sich auf Verhandlungen über die Zukunft Jugoslawiens einzulassen und riefen alle Seiten dazu auf, diese Verhandlungen in Goodwill zu führen. Am selben Tag hielt Genscher eine Beratung mit den Außenministern Sloweniens und Kroatiens. Am 24. August bestellte er Boris Frleč, den jugoslawischen Botschafter in Bonn ein, zufällig ein Slowene, so daß die Botschaft, die an die jugoslawische Staatsführung gerichtet war, garantiert auch nach Ljubljana und Zagreb gelangte, und er sagte ihm, daß Deutschland, falls das Blutvergießen weitergehe und die gewalttätige Politik nicht sofort mit Hilfe der Jugoslawischen Volksarmee beendet werde, ernsthaft über die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens innerhalb der bestehenden Grenzen nachdenken müsse und diese Frage auch erneut innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aufwerfen werde. Da fragt man sich doch: War ein stärkerer Anstoß nötig, um diejenigen, die sowieso schon die Unabhängigkeit erklärt und zu bewaffneten Mitteln gegriffen hatten, dazu zu bewegen, es jetzt zu Ende zu führen? War ein stärkerer Anstoß nötig, sie zur Verletzung der Waffenruhe zu bewegen? War dazu ein stärkerer Anstoß nötig als diese Botschaft, daß eine Fortsetzung der Gewalt zur Anerkennung führen würde? Genauso ist es leider gekommen.

Die Botschaft erreichte den gewünschten Effekt. Kroatische paramilitärische Verbände brachen die Waffenruhe, auf die man sich bereits geeinigt hatte, und der Konflikt eskalierte. Auch Lord Owen spricht darüber, wie Deutschland selbst ernste Konflikte mit seinen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und den USA in Kauf nahm, um Slowenien und Kroatien bei ihrer illegalen Sezession zu unterstützen. Sie haben sein Buch als Beweismittel aufgenommen: „Genscher schrieb auf deutsch einen Brief an Perez de Cuellar, in dem er sich auf öffentliche Äußerungen berief, die die Spannungen in Jugoslawien zu vergrößern drohten, so wie auf die Pariser Charta. Aber Perez de Cuellar erinnerte in seiner Antwort daran, daß Genscher die Erklärung der EG vom 8. November 1991 nicht berücksichtigte, in der es hieß, daß die Aussichten auf Anerkennung der nach Unabhängigkeit strebenden Republiken nur mit Rücksicht auf die Nachbarn erörtert werden können.“ [...] Denn, wie ich gesagt habe, sprach sich die EG am 26. März 1991 für die Einheit Jugoslawiens aus, aber am 8. November 1991 rief sie in einer weiteren Erklärung zu einer einvernehmlichen Lösung auf.

Schließlich gewann die deutsche Haltung die Oberhand, und als die Büchse der Pandora einmal geöffnet war, als man die illegale Sezession selbst auf Kosten von Menschenleben einmal akzeptiert hatte, war es schwer, die blutige Entwicklung aufzuhalten. Es sollte aber ungeachtet der blutigen Folgen nicht bei Slowenien und Kroatien bleiben. Man ging noch einen Schritt weiter.

Lord Owen sagt am Ende seines Buches: „Man hätte den Fehler, den die EG mit der Anerkennung Kroatiens gemacht hatte, noch in seinen Auswirkungen begrenzen können, wäre die Situation nicht noch komplizierter geworden, indem man Bosnien-Herzegowina ohne Rücksicht auf die Folgen diplomatisch anerkannt hatte. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die die Anerkennung Kroatiens abgelehnt hatten, wurden 1992 eifrige Befürworter der Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas. Aber es war nicht logisch und nicht unvermeidbar, Bosnien-Herzegowina anzuerkennen, eine jugoslawische Republik, die aus drei großen staatstragenden Völkern bestand, die sehr verschiedene Positionen zur Unabhängigkeit haben.“

So folgte ein Fehler dem anderen. Eine Frechheit folgte der anderen, und der Preis wurde in Menschenleben gezahlt, und wenn Menschenleben der Preis sind, dann handelt es sich um ein Verbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden. Und wahrscheinlich ist es kein Zufall, daß diese illegale Einrichtung hier nicht zur Rechtsprechung über Verbrechen gegen den Frieden befugt ist. Der US-Verteidigungsminister Warren Christopher sagte in einem Interview für „US Today“, das auch in „Die Welt“ abgedruckt wurde, am 18. Juni 1993: „Durch die ge-

samte Unabhängigkeitsentwicklung hindurch und besonders bei der vorzeitigen Anerkennung der Unabhängigkeit sind schwere Fehler gemacht worden, und eine besondere Verantwortung hierfür tragen die Deutschen. Viele Experten glauben, daß die Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, auf die Anerkennung Kroatiens und Bosniens zurückgehen.“

Christophers französischer Kollege Roland Dumas sagte am 21. Juni 1993 in einem Interview für die „Süddeutsche Zeitung“, in dem er die Europäische Gemeinschaft wegen der, wie er sagte, voreiligen und überhasteten Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, kritisierte, die den Zerfall Jugoslawiens beschleunigt habe: „Die Verantwortung Deutschlands und des Vatikans für die Eskalation der Krise ist offensichtlich enorm.“

Ein anderer Beteiligter an diesen Ereignissen, der damalige niederländische Außenminister Rud Lubbers, sagte 1997, daß der deutsche Kanzler Kohl Druck auf die Europäische Gemeinschaft ausübte, um ihre Position zu ändern, die darin bestand, daß die Unabhängigkeit Kroatiens nicht anerkannt werden sollte, um keinen Bürgerkrieg zu entfachen: „Van den Broek und ich konnten uns auf den Kopf stellen, die übrigen Europäer konnten sich nur erstaunt umschauen, die Deutschen taten, was sie getan haben, und das war eine Katastrophe.“ Au Courant, 21. Dezember 1997.

Wenn man diese ganze Unterstützung für die slowenischen und kroatischen Separatisten bei der Durchführung ihres Plans in betracht zieht, dann kann die genannte Bemerkung Stjepan Mesics über die Rolle Genschers und des Papstes Johannes Paul II. nicht überraschen. Deutschlands starke Unterstützung für den Zusammenbruch Jugoslawiens und die Anerkennung der Unabhängigkeit der abtrünnigen Republiken ist inzwischen allgemein bekannt. Doch für viele Leute bleibt die Frage bestehen, was die Motive für dieses Handeln und für diese Beharrlichkeit und Verbissenheit der Führung des gerade wiedervereinigten deutschen Staates waren. Diese Frage wird von General Pierre-Marie Gallois beantwortet, einem der weltweit führenden geopolitischen Experten, der einst eng mit Charles de Gaulle zusammengearbeitet hatte. Er sagt in einem Interview am 23. Juni 1993: „Der Zusammenbruch dieses Landes sowie die Verbindungen der Kroaten und Slowenen zur deutschen Industrie führten zur Emanzipation derjenigen Völker, die mit den Mittelmächten und später mit dem Dritten Reich verbunden zu sein pflegten. Andererseits bedeutete dies eine Abstrafung der Serben, die in beiden Weltkriegen auf der Seite der Alliierten standen. Drittens verschwanden damit die letzten Implikationen der Verträge, in denen Deutschland zweimal für seine Niederlagen bestraft worden war.“

Zwar mögen viele diese Ansicht des alten französischen Antifaschisten nicht unterstützen wollen, da sie glauben, daß diese Bestrebungen Deutschlands der Vergangenheit angehören und daß die Katharsis, der sich der deutsche Staat unterzogen hat, eine ausreichende Garantie dafür seien, den Versicherungen glauben zu dürfen, die von deutschen Politikern im Zuge der Wiedervereinigung gegeben wurden; doch es genügt, sich Klaus Kinkels Artikel „Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt“ Anzusehen, der am 19. März 1993 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. In diesem Artikel wird die Aufgabe der deutschen Außenpolitik folgendermaßen charakterisiert: „[N]ach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind.“⁹

Es ist wohl klar, was das bedeutet. Ich denke, es gibt niemanden auf der Welt, der nicht versteht, worin Deutschland zweimal am Rest der Welt gescheitert ist. Nach den eigenen Worten des deutschen Außenministers sollte die deutsche Außenpolitik also ihre Möglichkeiten nutzen, um zu erreichen, was sie in zwei Weltkriegen nicht erreicht hat, und es stellt sich nur noch die Frage, ob das mit neuen oder alten Mitteln geschehen sollte.

Am Tag, als die Sezession Kroatiens akzeptiert wurde, sagte Kohl selbst im Fernsehen: „Es gibt eine besonders intensive Verbindung zwischen Kroaten und Deutschen, was viel mit der Geschichte zu tun hat.“ Diese historische Kontinuität der deutschen Außenpolitik, auf die Kohl, genau wie Kinkel hinwies, und die ja schließlich auch ihre kroatischen Verbündeten durch ihre politischen Handlungen bekräftigten, wird in den Reden deutlich, die in beiden Weltkriegen und im dritten Krieg gegen Jugoslawien geführt wurden.

In allen drei Kriegen gab es eine konstante anti-jugoslawische Stoßrichtung. Zuerst wurde Blut vergossen, um die Gründung Jugoslawiens zu verhindern, und später wurde alles versucht, um es von der Landkarte zu tilgen. Die „rote Gefahr“ in der ganzen auf den Balkan bezogenen Rhetorik des deutschen Blocks, also Österreich-Ungarns und Deutschlands, war die behauptete Gefahr, daß eine Art Groß-Serbien gegründet werden könnte. Diese Gefahr, dieser Schlüsselbegriff nahm einen zentralen Platz in der falschen Anklage gegen mich ein: Groß-Serbien. Dieser Begriff, dieser Mythos, wurde bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der österreichisch-ungarischen Propaganda erfunden. Er war ein unentbehrlicher Bestandteil der Anstrengungen, die das zerfallende Reich unternahm, um seine besetzten südslawischen Gebiete zu halten.

Es gab, als die südslawischen Völker noch von Österreich-Ungarn besetzt waren, eine große Emanzipationswelle unter den europäischen Nationen sowie den Wunsch, Nationalstaaten zu bilden, wie es auch in Deutschland selbst geschah; man fürchtete, daß dies auch im Hinblick auf die südslawischen Gebiete durchgesetzt werden könnte, obwohl es dafür eine natürliche historische Berechtigung gab.

Wie tief diese Furcht sitzt, und wie weit sie in die Vergangenheit zurückreicht, wird dadurch illustriert, was ein weiterer Deutscher, Botschafter Ralph Hartmann, in seinem Buch „Die ehrlichen Makler“ sagt: „Schon 1876, als der serbische Fürst Miloš den Aufstand der christlichen Bevölkerung in der Herzegowina und in Bosnien gegen die türkische Fremdherrschaft unterstützte und Konstantinopel den Krieg erklärte, wurde zwischen dem russi-

⁹ Zitiert aus: Klaus Kinkel, Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1999.

schen Staatskanzler Fürst Gortschakow, dem deutschen Reichskanzler Fürst von Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Graf Andrassy auf habsburgischen Druck im sogenannten Berliner Memorandum der drei Mächte vereinbart, daß für den Fall eines Sieges der Serben ‚die Mächte die Entstehung eines großen slawischen Staates nicht fördern werden.‘ Was für alle, für Deutsche und Russen, Engländer und Franzosen, Spanier und Italiener, im 19. Jahrhundert ein selbstverständliches Naturrecht war - das Leben in einem einheitlichen Staat - sollte den Südslawen bzw. Serben ein für alle mal verwehrt bleiben. Ihr Streben nach staatlicher Vereinigung wurde verketzert und zu einem bedrohlichen Gespenst gemacht. Sein Name war ‚Großserbien‘, und unter diesem ging es - obwohl das serbische Königreich bei allem eigenen Streben nach mehr Macht und Einfluß im Vergleich zu den großen europäischen Mächten schwach und klein war, auch die Zahl der Serben war nie größer als 10 Millionen - viele Jahrzehnte um in Wien, in Berlin und anderswo, und auch bis heute ist es nicht zur Ruhe gekommen.“¹⁰

Diese Anklage ist der beste Beweis für die Richtigkeit alldessen, denn es handelt sich hier in der Tat um Gespenster.

Besonders auffällig ist, daß schon in der österreichisch-ungarischen Propaganda die Befreiung vom österreichisch-ungarischen Joch und die Vereinigung der südslawischen Völker, nicht nur der Serben, als Expansion des serbischen Staates oder Groß-Serbien bezeichnet wurde. Diese Formulierung besagt, daß unter den Serben expansionistische Bestrebungen, Eroberungspläne bestanden, was bedeuten würde, daß ein Teil der südslawischen Völker unter fremde Herrschaft kommen sollte. Aber das ist nicht wahr. Es war das kroatische Volk, in dem die Idee eines einzigen Staates für alle Südslawen geboren wurde. Dennoch wurde sie, als die Serben sie aufgriffen, um ihren Brüdern, die von Österreich-Ungarn unterdrückt wurden, zu helfen, als die Idee eines Groß-Serbien aufgefaßt. Es gab zwei Konzepte, die immer für identisch gehalten wurden, obwohl sie absolut nicht identisch sind, nämlich einerseits Jugoslawien als gemeinsamer Staat der südslawischen Völker und andererseits irgendein Groß-Serbien, das eigentlich eine Erfindung antiserbischer und anti-jugoslawischer Propaganda ist. Damals wie heute mußten also die Herrschaftsinteressen anderer über die Gebiete, in denen die Südslawen lebten, mit dem durch ein Propagandageflecht erzeugten Vorwand verbrämt werden, daß es in erster Linie die Serben waren, die beabsichtigten, sich in fremde Gebiete auszubreiten. Und das ist schlichtweg gelogen.

Noch ein Zitat. Es stammt aus deutschen Archiven. Der deutsche Botschafter übermittelte seiner Regierung den Inhalt seiner Gespräche mit dem Grafen Berchtold, dem Außenminister Österreich-Ungarns: „Der Minister sagte, er halte es für seine Pflicht, die deutsche Regierung mit der Haltung der k. u. k. Monarchie zur südslawischen Frage vertraut zu machen, nämlich daß der k. u. k. Monarchie sehr daran gelegen sei, die von den Südslawen bewohnten Provinzen ohne Einschränkungen zu behalten und daß eine serbische Vorherrschaft auf dem Balkan nicht zugelassen werden dürfe. Falls Serbien über Bulgarien siegt und seine Grenzen über das alte Serbien hinaus ausdehnt, müsse man intervenieren. Auf meine Frage, wie das geschehen sollte, sagte der Minister, daß man einen günstigen psychologischen Zeitpunkt finden werde.“

Bekanntlich ergab sich mit dem Attentat von Sarajevo bald ein Vorwand, als Gavrilo Prinčip, ein Mitglied der Organisation „Junges Bosnien“, den österreichisch-ungarischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand erschoss. Niemand sprach davon, daß in Wahrheit etwa 20 junge Männer in diese Verschwörung verwickelt waren, sowohl Serben als auch Kroaten. Obwohl niemals bewiesen wurde, daß die serbische Regierung in irgendeiner Weise in dieses Attentat verwickelt war, beschuldigte man sofort Serbien, das serbische Volk und die serbische Regierung, und so kam der Krieg zum Ausbruch.

In seinem genannten Buch sagt Botschafter Hartmann: „In Österreich-Ungarn und in Deutschland setzte schlagartig eine antiserbische Kampagne ein, die alles Bisherige in den Schatten stellte und den deutschen Botschafter in London, Fürst Karl Max Lichnowsky veranlaßte, den deutschen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, vor der Illusion zu warnen, ‚die gesamte serbische Nation als ein Volk von Bösewichtern und Mördern zu brandmarken und ihm dadurch ...die Sympathien des gesitteten Europas zu entziehen‘“¹¹ Und hierdurch wird die Wahrhaftigkeit dieser Vorwürfe sicher in Frage gestellt. Mit der Bedeutung dieser Wurzel allen Übels, Groß-Serbien, wollte sich niemand näher befassen. Man hat diesen Begriff hier sehr oberflächlich und arrogant verwendet. Niemand hat seine Entstehung untersucht. Hätte man das getan, wäre dieses ganze Propagandawerk wie eine Seifenblase zerplatzt.

Bekanntlich wurde der serbischen Regierung am 23. Juli 1914 von Österreich-Ungarn ein Ultimatum gestellt, nachdem man Serbien fälschlich beschuldigt hatte, in das Attentat verwickelt gewesen zu sein, und es wurde eine Reihe von Forderungen an Serbien gestellt, die kein souveräner Staat auf der Welt hätte akzeptieren können. Man rechnete damit, daß dieses Ultimatum nicht erfüllt würde, und sein einziger Sinn bestand darin, als Vorwand für den Krieg zu dienen, genau wie es in Rambouillet geschah. Der britische Außenminister Sir Edward Grey beschrieb diesen Text als „die ungeheuerlichste Forderung, die jemals ein Staat an einen anderen gestellt hat.“

Grey hätte sich wahrscheinlich nicht träumen lassen, daß das serbische Volk noch im selben Jahrhundert einer Reihe ähnlicher und sogar in noch höherem Maße erstaunlicher und arroganter Ultimaten ausgesetzt sein würde, und daß neben Deutschland, Österreich und anderen westlichen Ländern, ja sogar damaligen Verbündeten der Serben wie Frankreich und etwas später den USA, auch sein eigenes Land, Groß-Britannien an der Hervorbrin-

¹⁰ Zitiert aus: Ralph Hartmann, „Die ehrlichen Makler“, Berlin 1999, S. 23.

¹¹ Ebd. S. 22.

gung solcher neuen Ultimativen beteiligt sein würde, wie es an der Planung und Durchführung mörderischer Angriffe auf das serbische Volk am Ende des 20. Jahrhunderts beteiligt sein würde, die unter Verbreitung gewissenloser Lügen ausgeführt wurden, was der Öffentlichkeit hier noch sehr klar vor Augen geführt werden wird. Es gab unbarmherzige Wirtschaftssanktionen und bestialische Angriffe gegen Menschen, deren Verbrechen darin bestand, ihr Land und ihr Volk zu beschützen und die Errungenschaften zu bewahren, die sie unter großen Schwierigkeiten mithilfe der Alliierten in zwei Weltkriegen gemacht hatten. Man kann sich kaum vorstellen, wie beschämt Sir Edward Grey gewesen wäre, hätte er gewußt, welche Rolle sein Land am Ende des 20. Jahrhunderts dabei spielen würde, dieses Verbrechen gegen das serbische Volk zu Ende zu führen, denn das ist es, was hier vor dieser Einrichtung unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts geschieht, denn die Resolution, mit der dieses Tribunal gegründet wurde, gehört auch in dieselbe Reihe wie das Dokument, das Sir Edward Grey die ungeheuerlichste Forderung in der Geschichte der Diplomatie nannte.

Es ist allgemein bekannt, wie das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, später in Jugoslawien umbenannt, als der gemeinsame Staat der südslawischen Völker errichtet wurde. Der deutsche Block wollte das verhindern und diesen Staat vom Erdboden verschwinden sehen. Aber der alte Mythos Groß-Serbien blieb als Vorwand bestehen, hinter dem man seine eigenen Verbrechen und üblen Machenschaften verbarg. Hier hat die Lüge von Groß-Serbien ihren natürlichen Ursprung und wuchs zu einer ungeheuren Konstruktion von bisher ungekanntem Ausmaß an. So wurde die Ironie und Absurdität noch gesteigert, die Lügen gegen das serbische Volk und die Ungerechtigkeit, die ihm gegenüber seinen Nachbarn zuteil wurde, noch schlimmer gemacht.

Das serbische Volk ist das einzige, das, obwohl es eine einmalige Gelegenheit dazu hatte, nicht versuchte, seinen eigenen Staat auszudehnen. Es ist bekannt, daß Serbiens Verbündete Serbien 1915 im so genannten Londoner Vertrag anboten, sein Gebiet nach dem Gewinn des Krieges auf Bosnien-Herzegowina, Teile Dalmatiens, Slawoniens und so weiter auszudehnen. Das wird durch Dokumente belegt. Doch Serbien ging nicht darauf ein. Stattdessen vereinte Serbien die Serben, Kroaten und Slowenen aus den ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns, und so kam das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zustande, das später Jugoslawien genannt wurde.

Indem sich der serbische Staat für diese Option entschied, die Gründung des gemeinsamen Staates Jugoslawien dem eigenen vorzuziehen, wurde unseren kroatischen und slowenischen Brüdern Schutz gewährt. Wir bewahrten sie vor territorialer Zersplitterung, und außerdem gehörten sie so, nachdem sie Teil eines besiegten Staates gewesen waren, dem Lager der Sieger an. Doch als das österreichisch-ungarische Reich in den letzten Zügen lag, wurde Serbien mit dieser Lüge Groß-Serbien gebrandmarkt, die bis heute aufrechterhalten wird.

Um die Sache vollständig zu begreifen, müssen wir auf die andere Seite der Weltkriegsfront blicken. 1915 veröffentlichte der deutsche Politiker Friedrich Naumann sein Buch „Mitteleuropa“, in dem er ein Projekt zur Neuordnung Europas schilderte. Man ging damals natürlich davon aus, daß Deutschland den Krieg gewinnen würde. Diese Neuordnung Europas sollte die Bildung eines Groß-Deutschland einschließen, das ganz Zentraleuropa umfassen und von kleinen machtlosen Staaten gesäumt werden sollte, die Naumann in seinem Buch Satellitenstaaten nannte. [...] Von Serbien ist bei Naumann keine Rede, nicht einmal als Satellitenstaat, denn in seinen Worten „muß Serbien als eine Festung, die in dieser Region im Weg steht, von der Karte gestrichen werden.“

Lassen Sie mich erwähnen, daß dieser Urheber des groß-deutschen Projekts, das in Übereinstimmung mit der damaligen anti-serbischen Propaganda und dem Schlachtruf „Serbien muß sterben“ die Streichung Serbiens von der europäischen Landkarte einschloß, als Vordenker der Freien Demokratischen Partei gilt, die sich seit langem in der deutschen politischen Szene hält und zu Genschers und Kinkels Zeiten den deutschen Außenminister stellte. Ich meine den gleichen Kinkel, der es 1993 für nötig hielt, die Idee einer deutschen Geschichtsrevision öffentlich zu machen, und sagte, daß „etwas zu vollbringen“ sei, „woran wir zweimal gescheitert sind.“ Welche Bedeutung die deutschen Liberalen, also insbesondere die beiden genannten führenden deutschen Diplomaten, den Gedanken Naumanns beimessen, sieht man am besten daran, daß die Stiftung der FDP „Friedrich-Naumann-Stiftung“¹² heißt und auch die Bundeszentrale dieser Partei seinen Namen trägt, während man seine Nachfahren am besten im Licht der wahnhaften Anstrengungen der beiden genannten gegen Jugoslawien betrachtet, die Osteuropa zersplittern wollten, und so geschah es auch tatsächlich. Sie haben das Beispiel der Tschechoslowakei, von der UdSSR ganz zu schweigen, einer der führenden Siegermächte im Zweiten Weltkrieg.

¹² In der Satzung der Friedrich-Naumann-Stiftung heißt es: „Aufgabe der Stiftung ist es, [...] Wissen im Sinne der liberalen, sozialen und nationalen Ziele Friedrich Naumanns zu vermitteln“. - SB